

Rada beschließt Medikamentenpreismoratorium

21.10.2009

Gestern beschloss das Parlament das skandalöse Gesetz zum Verbot der Preiserhöhungen für Medikamente. Zur zweiten Lesung wurde das Gesetz praktisch nicht verändert, ungeachtet der Versprechen der Abgeordneten die Empfehlungen der Wirtschaft zu berücksichtigen. Vom Moment des Inkrafttretens des Gesetzes an werden die Medikamentenpreise auf dem Niveau von Juli 2008 eingefroren, was diese zur Mangelware machen und der Branche Verluste von 6-7 Mrd. Hrywnja einbringen könnte.

Gestern beschloss das Parlament das skandalöse Gesetz zum Verbot der Preiserhöhungen für Medikamente. Zur zweiten Lesung wurde das Gesetz praktisch nicht verändert, ungeachtet der Versprechen der Abgeordneten die Empfehlungen der Wirtschaft zu berücksichtigen. Vom Moment des Inkrafttretens des Gesetzes an werden die Medikamentenpreise auf dem Niveau von Juli 2008 eingefroren, was diese zur Mangelware machen und der Branche Verluste von 6-7 Mrd. Hrywnja einbringen könnte.

In der ersten Lesung wurde der Gesetzesentwurf #3426 "Zum Moratorium für Erhöhungen der Preise und Tarife für Medikamente und Produkte medizinischer Bestimmung"?? der Abgeordneten der Kommunistischen Partei, Pjotr Simonenko und Wladimir Matwejew, am 6. Oktober vom Parlament angenommen (Ausgabe des "**Kommersant-Ukraine**" vom 7. Oktober). Gemäß diesem, sollen Medikamente einheimischer Produktion zu Preisen verkauft werden, die der Staat festlegt, und importierte zu den Preisen vom Juli 2008. Das Moratorium wird für die Zeit der Finanzkrise bis zur Festsetzung des Mindestlohnes und der Renten auf dem Niveau des Existenzminimums und ebenfalls der Begleichung der ausstehenden Löhne, Stipendien und der ausreichenden Versorgung der Studenten, Auszubildenden und Schüler (mit Geld) eingeführt.

Die gestrige Abstimmung ging ausreichend schnell von statten – die Abgeordneten, praktisch das Dokument nicht diskutierend, stimmten anfänglich für die Rücknahme einer Reihe von den Gesetzesentwurf abmildernder Änderungen und danach nahmen sie ihn in der zweiten Lesung an. Dafür stimmten 242 Abgeordnete: von der Partei der Regionen – 158, von BJuT (Block Julia Timoschenko) – 27, UUNS ("Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung") – 10, KPU (Kommunistische Partei der Ukraine) – 27, Block Litwin – 19. Auf diese Weise, hat das Parlament sogar im Falle eines Präsidentenvetos alle Chancen dieses zu überwinden.

Zur zweiten Lesung wurde der Entwurf praktisch nicht geändert. Obgleich die Leiterin des Radaausschusses für Fragen der Gesundheitsversorgung, Tatjana Bachtjewaja (Partei der Regionen), versprach, dass der Ausschuss eine Liste der Präparate festlegt, deren Preise nicht reguliert werden.

Marktteilnehmer bezeichneten den Entwurf als absurd. "Niemand dachte, dass er beschlossen wird, zumal – so schnell. Heute wurde die Industrie vor den Kopf gestoßen", betonte die Geschäftsführerin der Europäischen Business Association (vereint mehr als 40 der größten Pharmaproduzenten), Anna Derewjanko. Bei der "Arterium" Gesellschaft bewertet man die Initiative der Werchowna Rada als nicht verfassungsgemäß. "Unklar ist, wie dieses Gesetz nach seinem Inkrafttreten funktionieren soll – im Dokument ist nicht gezeigt, nach welchem Prinzip der Durchschnittspreis des Niveaus vom Juli 2008 festgelegt werden soll", hob Derewjanko hervor.

Auf die Verfassungsinkonformität richtete man am Vorabend der Abstimmung auch bei der juristischen Hauptverwaltung der Werchowna Rada seine Aufmerksamkeit. In den Schlussfolgerungen der Verwaltung vom 19. Oktober wurde hervorgehoben, dass die Einrichtung eines Moratoriums dessen zeitweilige Wirkung vorsieht. Doch im Gesetzesentwurf sind Fristen angezeigt, die mit dem Eintritt undefinierter Umstände verbunden sind und eben mit dem Ende der Finanzkrise, der Begleichung von Lohnrückständen u.s.w. Diese Position entspricht nicht den Anforderungen des §19 der Verfassung, heißt es in den Schlussfolgerungen der Verwaltung. "Uns interessieren die Schlussfolgerungen der Hauptverwaltungen, des Verfassungsgerichtes und der Marktteilnehmer weniger. Wir denken an das Leben, an die kolossalen Probleme im Bereich der Gesundheitsversorgung und daran, warum die Preise für Medikamente künstlich erhöht sind", erklärte dem "**Kommersant-Ukraine**" der Abgeordnete Pjotr Simonenko.

Marktteilnehmer hoffen darauf, dass Präsident Wiktor Juschtschenko sein Veto gegen das Gesetz einlegt. Andernfalls könnte es im Lande einen Mangel an Importmedikamenten geben (diese haben einen Marktanteil von etwa 65%). "Das Marktvolumen bei Importpräparaten wird in der Ukraine auf etwa 2 Mrd. \$ geschätzt. Die Verluste der Branche aufgrund des Beschlusses dieses Gesetzes könnten etwa 6-7 Mrd. Hrywnja betragen", sagt Anna Derewjanko. Den Worten des Seniorpartners der Kanzlei "Iljaschew und Partner", Roman Martschenko, nach, kann das Gesetzesprojekt vor dem Verfassungsgericht angefochten werden. "Doch derzeit ist das Verfassungsgericht ein derart unselbstständiges Organ, welches Entscheidungen ausbringt, die aus der laufenden politischen Konjunktur hervorgehen, so dass man nicht besonders auf dieses zählen braucht", sagt Martschenko. Beim Präsidialamt konnte der "**Kommersant-Ukraine**" gestern keine Kommentare dazu erlangen.

Jelena Sinizyna

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.